

# Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Gehört wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag zur Ausgabe. — Bezugspreis je Monat 6.00 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“ und „Der heitere Alltag“, „Unterhaltungsblätter“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenfahrt geleistet.

Fernsprecher Nr. 127.

Drahtanschrift: Zeitung.

Die Millimeter-Anzeigen-Zelle kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichsmark. Die Millimeter-Anzeigen-Zelle kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichsmark. Der Millimeterpreis für Anzeigen im Textteil beträgt bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichsmark. Die täglichen Aufträge gelten die Bedingungen der ab 2. Nov. 1926 gültigen Preise. Nr. 3. Anzeigernahme am Erscheinungstage bis 9 Uhr Vormittags. D. A. X 600



erd und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Hauptchristleiter und für den Anzeigenanteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 140

Donnerstag, den 19. November 1936

29. Jahrgang.

## Deutsche Wasserwege

Die deutsche Oberhoheit über die Wasserwege auf unserem Gebiet ist wieder voll gewährt. Das schreibt vom 14. November, das den Regierungszug, die in den internationalen Stromkommissionen für Rhein, Donau, Elbe und Oder vertreten sind, mitteilt. Sodann diese Zahl allein zeigt, daß an diesen Kommissionen eine Reihe von Ländern beteiligt ist, die gar nicht an die betreffenden Strome grenzen. Daß derartige Befreiung aus dem Binnengewässerstrafen nicht nur möglich ist, sondern ist es für richtig gehalten, diese Beschränkung durch die Herauslösung von Gewässerstaaten noch besonders empfindlich zu machen. Das hat jetzt ein Ende. Selbstverständlich aber ist Deutschland bereit, sich mit seinen Nachbarn über alle Schiffahrtsangelegenheiten auf unseren Strome zu einigen, denn wir sind unserer Rolle als eines Landes des Durchgangsverkehrs und des starken Außenhandels durchaus bewußt.

Es ging bei dieser Neuregelung nicht um wirtschaftliche Fragen. Es kam uns nicht darauf an, nun etwa von ausländischen Schiffen höhere Abgaben zu erheben. Es ging lediglich daran, die deutsche Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Schiffahrt genau so sicher zu stellen, wie wir sie auf allen anderen Gebieten gesichert haben. Wenn eine einzelne schweizerische Zeitung geschrieben hat, nur sei die freie Schiffahrt auf dem Rhein wichtig und die Schweiz habe nun keine Verbindung mit dem Meer, dann ist das falsch. Die Schiffahrt auf den ausländischen Wasserstrassen steht auch in Zukunft den Schiffen aller Staaten offen, die mit dem Deutschen Reich in Freiden leben. Es findet kein Unterschied in der Behandlung deutscher und fremder Schiffe statt, und das gilt, wie in der deutschen Erklärung ausdrücklich besagt wird, auch für die Frage der Schiffahrtsabgaben. Natürlich ist die gegebene Vorbedingung, daß die anderen Staaten unsere Schiffahrt auf ihren Wasserstrassen ebenfalls gleichberechtigt behandeln.

Die deutschen Wasserstrassenbehörden werden auch weiterhin mit den zuständigen Behörden der andern Uferstaaten gemeinsame Fragen erörtern und gegebenenfalls Vereinbarungen treffen. Beispielsweise ist das Elbe-Oder-Komitee, über das die Verhandlungen schon weitgehend vorgezeichnet waren, im allgemeinen durchaus mögbar. Eine Einigung mit der Tschechoslowakei dürfte nicht schwer fallen. Obwohl es auch die tschechoslowakische Zone in Hamburg durch die deutsche Erklärung nicht berührt worden, und die darüber geschlossenen Vereinbarungen gelten weiter. Aber für die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei ist es völlig unnötig, daß, wie es in der bisherigen Elbe-Kommunikation steht, der Fall war, Vertreter von vier Nichtstaaten (Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien) dabei mitwirken.

Ein besonders merkwürdiger Zustand herrschte seit Jahren bezüglich der Oder. Dieser Strom ist nur auf deutschem Gebiet schiffbar. Trotzdem war man in Versailles auf den Gedanken gekommen, eine internationale Oder-Kommission zu schaffen, die sich zusammenstellen sollte; aus je einem Vertreter Polens, Preußens, des tschechoslowakischen Staates, Großbritanniens, Frankreichs, Dänemarks und Schwedens. Dabei ist bemerkenswert, daß bei allen Stromkommissionen des Kaiser-Diktats nicht von Vertretern des Deutschen Reichs gesprochen wird, sondern von Vertretern „der deutschen Uferstaaten“. Auch das gehörte zu den Spitzfindigkeiten von Versailles, unter der Wunsch nach weiterer deutscher Territorialität sprach daraus nur zu deutlich. Was nun die internationale Oder-Kommission angeht, so hat sie zwar nur ein Statut zu schaffen, obwohl sie einmal vier Jahre lang den Internationalen Gerichtshof in Haag mit ihrem Prozeß beschäftigt hat. Bis zuletzt hat diese Oder-Kommission ohne endgültige Geschäftsordnung und ohne ein endgültiges Büro, lediglich mit einem französischen Generalsekretär, ihre Tagungen abgehalten. Deutschland hat schon seit Jahren die weitere Beteiligung an dieser Kommission eingestellt, die sich offenbar auch selbst für unzureichend hielt. Für uns kam es nicht in Frage, irgendwie Diskriminierung auf der Oder zu dulden, und damit ist nun, wie auf allen anderen Strome, durch die Erklärung vom 14. November endgültig Schluss gemacht worden.

Einzelne ausländische Blätter haben sich den Kompromissen, weshalb wir gerade jetzt diese Frage geregelt haben. Das ist sehr einfach. Am 15. November war der „Modus vivendi“ über die Rheinschiffahrt, der im Mai 1936 abgeschlossen worden war, kündbar, und diesen Abkommen entsprechend war dieser „Modus vivendi“ durchaus hinnehmbar, daß sich Holland nicht zum Beitritt entschließen konnte, übrigens nicht aus Gründen, die den deutschen Teil des Rheins betreffen. Das Ziel muß es jedoch sein, daß sämtliche Uferstaaten des Rheins gleichberechtigt zusammenarbeiten. Von deutscher Seite steht

## Herrlicher Bajonettkampf in den Straßen Madrids / Die Nationalisten weiterhin erfolgreich im Angriff

Vorstoß der Nationalisten auf die Madrider Innenstadt.

Die nationalistischen Truppen haben den Angriff auf die im Nordwesten Madrads gelegenen Universitätsviertel weiter in Richtung auf die Madrider Innenstadt vorgetragen. Die Roten verteidigten mit einer außerordentlichen Zähligkeit jedoch einige Gebäude, darunter auch das Universitätskrankenhaus und das Velasquez-Haus, ein bekanntes Künstlerheim.

Die Toten liegen stellenweise, besonders an den strategisch wichtigen Punkten, in ganzen Häusern übereinander, so daß die nationalistischen Tausende an diesen Stellen gar nicht vorwärtskommen.

Während des Vormarsches der nationalistischen Truppen durch den zwischen der Universitätsstadt und der Madrider Innenstadt gelegenen Moncloa-Park ereignete sich ein Vorfall, der für die hinterhältige Kriegsführung der Nationalisten charakteristisch ist. Die Zugangsstraßen waren höchstens mit Lastkraftwagen besperrt, die mit Frauen und Kindern voll besetzt waren. Dahinter hatten sich die roten „Helden“ verschanzt, um auf diese Feinde und gemeinsame Art das Vorrücken der nationalen Truppen zu verhindern.

Die Nationalisten machten unter diesen Umständen auch tatsächlich von der schwere Gewehrfeuer keinen Gebrauch, sie umgingen jedoch die Lastkraftwagen und stürzten sich mit aufgepflanztem Seitengewehr auf die überraschten roten Horden, denen sie schwere Verluste zufügten. Der Vormarsch konnte dann ohne weitere Verluste fortgesetzt werden.

Die von den Roten gesprengten Manzanares-Brücken, die Franzosen-Brücke und die Königs-Brücke, sind von den nationalistischen Pionieren durch rafte gebauten Notbrücken ersetzt worden, so daß sehr bald eine Abteilung unter Führung des Obersten Barrón mit Panzernwagen den Manzanares überschreiten und auf die gegenüberliegenden Seiten feste Stellungen beziehen konnte.

### Note Militärabteilungen abgeschnitten

Die nationalen Flieger hatten durch Auflösungslüge festgestellt, daß in dem nördlichen Vorort Cuatro Caminos bedeutende Zusammenziehungen roter Milizen stattfanden, die offenbar die Absicht hatten, sich mit den im Süden der Stadt kämpfenden Marxisten zu vereinen. Um dies zu verhindern, hielt die nationale Artillerie von der Universitätsstadt aus die Verbindungsstraßen zwischen dem Norden und dem Süden der Stadt den anzen Zauber über

einer solchen Zusammenarbeit nichts im Wege, zumal die anderen Uferstaaten allmählich eingeschritten waren, daß eine Rückführung Deutschlands durch Annexionbestimmungen nicht mehr möglich war. Das ist sehr durch die deutsche Erklärung noch einmal grundätzlich und allgemein festgelegt.

Was für Rhein und Donau, Elbe und Oder gilt, nämlich die uneingeschränkte deutsche Oberhoheit auf deutschem Gebiet, das gilt in gleicher Weise auch für den Kaiser-Wilhelm-Kanal. Für diesen von Deutschland aus eigenen Kräften auf dem Reichsgebiet zwischen Nordsee und Ostsee geschaffenen Kanal enthielt das Kaiser-Diktat einen ganzen Abschnitt von sieben Artikeln. Die Gerichtsbarkeit des Böllerbundes wurde zum Richter über Deutschlands Maßnahmen auf einer deutschen Wasserstraße gemacht. Die anderen Mächte glaubten, an dieser willkürlichen Beschränkung der deutschen Heeresrechte festzuhalten zu müssen. Sie ist nunmehr auch gefallen. Beim Kaiser-Wilhelm-Kanal handelt es sich um eine Wasserstraße, die weniger der Binnenschiffahrt als hauptsächlich der Seeschiffahrt dient. Auch dafür gilt dieselbe Haltung wie für die Binnengewässerstrafen, daß wir nämlich keinen Unterschied in der Behandlung deutscher und fremder Schiffe machen.

Unter ein unerfreuliches Kapitel des Versailler Diktats ist durch die Auflösung der Hoheitsbeschränkungen auf den deutschen Strome und Kanälen ein Schlüsselstück gezogen worden. Der deutsche Schritt hat fast überall in der Welt Verständnis gefunden. Auch in denjenigen Staaten, die ohne direkte Interessen in die Stromkommissionen hineingezogen worden waren, herrscht zum Teil offenbar eine Erleichterung, daß man sich um diese Fragen nicht mehr zu kümmern braucht. Wenn allerdings Frankreich glaubt, etwa einen gemeinsamen Protokollschritt der 16 Regierungen zustande bringen zu müssen, dann ist das eine nutzlose Arbeit. Deutschland hat seine Oberhoheit auf den deutschen Wasserwegen unwiderrücklich wiederhergestellt. Nachdem diese politische Frage der deutschen Ehre gelöst ist, kann die wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Schiffahrt um so besser vor sich gehen. Das sollte man auch in Paris einsehen, anstatt sich wieder einmal zwecklosweise an überholte Dinge zu klammern.

unter Feuer, so daß die Roten im Norden der Stadt völlig abgeschnitten wurden und ihren an den Ufern des Manzanares kämpfenden Genossen nicht mehr zu Hilfe kommen konnten.

Die nationalen Flieger zeigten scheinbar die Moncada-Kaserne so erfolgreich mit Bomben, daß sie vor der vorzeitigen Eroberung geräumt werden musste. In dem Frontabschnitt zwischen El Escorial und Madrid sollen nationalistische Truppen einen Panzerzug der Roten durch ein überzeugend durchgeföhrtes Manöver erobert haben. Unter den Gefangenen habe sich auch ein französischer Hauptmann befinden.

### Artillerieeuer auf die roten Stellungen

Zur Unterstützung der angreifenden Truppen setzte die nationalistische Artillerie, deren Batterien wie ein Gürtel um den Stadtteil liegen, das Feuer auf die bestellten Häuserblocks im Süden und im Zentrum Madrads fort. Außerdem auf den 10,5- und 15,5-Zentimeter-Geschützen schleuderte auch eine 21-Zentimeter-Kanone Granaten auf eine im Stadtteil Rojas gelegene Befestigung der Roten. Die rote Artillerie setzte lediglich einige 7,5-Zentimeter-Granaten planlos auf das gegenüberliegende rechte Ufer des Manzanares. Die Granaten kreierten größtenteils nichts, was auf eine Sabotage bei den Kommunisten zurückgeführt wird.

Wenige hundert Meter von der Segovia-Brücke entfernen liegen sich vom Dach eines Hauses deutlich die mit Sandstein verkleideten Fenster unterscheiden, die den Kommunisten als Schießstände dienen. Die Straßen des südlichen Stadtviertels von Madrid waren menschenleer. An zahlreichen Hausfassaden und Dächern klaffen große Deffnungen, die von den Einschlägen der Granaten und Fliegerbomben herrühren. Nur auf dem Dach des Pressehauses, das aus dem Häusermeer Madrads hervorragt, weht die republikanische Flagge. Es fällt besonders auf, daß zahlreiche Strukturteile verschwunden sind, die, wie sich herausstellt, dem „Kirchensturm“ der Marxisten bei Beginn der Revolution zum Opfer gefallen sind. Deutlich sind die riesigen, auf den Dächern der Geschäftshäuser angebrachten Buchstaben der Lichthäfen zu lesen. Das Hochhaus der Madrider Telephongesellschaft im Zentrum der Stadt dient als Anlaufpunkt für Auffinden von Straßenzügen, Stadtvierteln und öffentlichen Gebäuden.

### Wieder ein Schritt vorwärts!

Die Dorfverschönerungsaktion der NSG, „Kraft durch Freude“.

Die Dorfverschönerungsaktion der NSG, „Kraft durch Freude“ kann nach achtmonatiger Tätigkeit von 25 Gauen, in denen die Aktion durchgeführt wird, insgesamt 3168 Dörfer und 67 Güter melden, die nach den von ihr herausgegebenen Richtlinien verschönert sind bzw. zur Zeit verschönert werden. Das wesentliche und Ausschlaggebende der Aktion liegt in der Mobilisierung aller Kräfte für eine umfassende Gemeinschaftsarbeit, deren Ergebnis das schöne deutsche Dorf als die Heimat des deutschen Volkes ist.

Alein in 86 Dörfern und zwei Gütern wurden bisher an reinem Materialwert (ohne den Wert der Arbeitsleistung, die zu 90 v. H. freiwillig durch die Dorfgesellschaft erfolgte) 1 086 949 RM. aufgebracht. Besonders erfreulich ist, daß gerade die Grenzgau im Osten in der Aktion an erster Stelle stehen.

### Wiederberufung als Oberbürgermeister

Dr. Brindlinger in sein Amt zurückberufen.

Oberbürgermeister Dr. Brindlinger ist vom Direktorium des Memelgebietes in sein Amt als Oberbürgermeister der Stadt Memel zurückberufen worden.

Oberbürgermeister Dr. Brindlinger wurde am 11. Juli 1934 von dem damaligen litauischen Direktorium Reisays wegen angeblicher Nichtbeherrschung der litauischen Sprache aus dem Amt entfernt. Als er im September 1935 als Kandidat für den Memeländischen Landtag aufgestellt worden war, wurde ihm der rechtmäßige Erwerb der litauischen Staatsangehörigkeit abgesprochen und er von der Kandidatenliste gestrichen. Auf der letzten Tagung der gemeinsamen deutsch-litauischen Kommission für strittige Staatsangehörigkeitsfragen wurde jedoch die litauische Staatsangehörigkeit Dr. Brindlingers als zu Recht bestehend anerkannt, worauf die Wiederberufung als Oberbürgermeister von Memel durch das jetzige Direktorium erfolgt ist.





